

Innovativer, digitaler, wettbewerbsfähiger

Europa braucht Innovationen, um im globalen Wettlauf attraktiv zu bleiben. Denn wirtschaftlicher Erfolg schafft Arbeitsplätze und Wohlstand, schreibt **Hans Van Bylen**.



Henkel (H)

Zur Person Hans Van Bylen

Geboren 1961 in Antwerpen. Seine Laufbahn bei Henkel in Belgien begann er 1984.

Wendegang 2005 wurde Van Bylen in den Vorstand von Henkel berufen und war dort über 10 Jahre für den Unternehmensbereich Beauty Care zuständig. Seit Mai 2016 ist Van Bylen Vorstandsvorsitzender der Henkel AG & Co. KGaA, seit September 2018 Präsident des Verbands der Chemischen Industrie e.V. und Vizepräsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V.

Wenn das Brexit-Votum in Großbritannien im Juni 2016 etwas gebracht hat, dann ist es diese Erkenntnis: Inzwischen haben mehr EU-Bürger ein besseres Verständnis dafür, wie hochgradig vernetzt und voneinander abhängig die Menschen und Unternehmen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind. Erst die konkrete Herausforderung, ein wichtiges Land in relativ kurzer Zeit aus einem über viele Jahrzehnte gewachsenen Geflecht von gemeinsamen Regeln und Standards herauszulösen, veranschaulicht, welche Vorteile und höhere Effizienz durch einen gemeinsamen Binnenmarkt entstanden sind.

Hinzu kommen die kontroversen Diskussionen über Ungleichgewichte im Handel, die Androhung von Zöllen oder anderen Maßnahmen im globalen Wirtschaftsraum zwischen den Vereinigten Staaten, China und der EU. Sie haben das Bewusstsein für die Bedeutung eines geeinten und handlungsfähigen Europas in breiteren Teilen der Öffentlichkeit geschärft. Es ist sicherlich verkürzt, die Bedeutung eines geeinten Europas allein auf die wirtschaftspolitischen Dimensionen zu reduzieren. Daneben stehen mindestens gleichbedeutend sicherheitspolitische Fragen, die Völkerverständigung, kulturelle Aspekte und vieles mehr.

Aber letztlich schaffen erst der wirtschaftliche Erfolg sowie die damit verbundenen Arbeitsplätze und Einkommen die finanziellen Voraussetzungen und die breite gesellschaftliche Akzeptanz für die Zusammenarbeit in den anderen Handlungsfeldern. Der wirtschaftliche Erfolg hilft auch, durch

Antworten auf die geo- und handelspolitischen Auseinandersetzungen müssen gefunden werden.

gezielte Maßnahmen Ungleichheiten zu verringern - zwischen einzelnen Volkswirtschaften wie auch zwischen gesellschaftlichen Gruppen oder Schichten eines Landes. Dieser Gedanke stand auch Pate, als die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in den 1950er-Jahren gegründet wurde.

Die enge wirtschaftliche Verflechtung sollte helfen, den Wohlstand zu fördern und Konflikte zu verhindern. Der größere, gemeinsame Markt sollte das Wirtschaftswachstum beschleunigen und damit den Wohlstand der Bürger in Europa steigern. Dass dies ein Erfolg war, ist unbestritten - wenn gleich das in der öffentlichen Wahrnehmung häufig in den Hintergrund rückt. Heute umfasst die EU mehr als eine halbe Milliarde Einwohner. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die EU der größte Wirtschaftsraum weltweit, noch vor China und den Vereinigten Staaten.

Dabei ist die Industrie mit über 50 Millionen Arbeitsplätzen ein wichtiger Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Damit das langfristig so bleibt, haben Unternehmen und ihre Mitarbeiter ein gemeinsames Interesse am Erhalt und an

der Stärkung des Binnenmarkts und der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich. Denn trotz aller Erfolge muss sich die EU institutionell und vor allem industriepolitisch weiterentwickeln. Die EU braucht Reformen, um den Wirtschaftsraum im zunehmenden globalen Wettbewerb noch stärker und attraktiver zu machen. Der technologische Wandel, die Anforderungen an nachhaltiges Wirtschaften und die angespannten internationalen Handelsbeziehungen stellen die Unternehmen und die Politik vor große Herausforderungen.

Die kommende EU-Kommission sollte ihre Industriepolitik daher strategisch neu ausrichten. Kern der Strategie muss es sein, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen, insbesondere der Industrie, zu fördern. Dabei kommt es entscheidend auf den richtigen Mix der Instrumente an. Es geht darum, noch bessere Anreize für Innovationen zu setzen, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sicherzustellen und eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung sowie eine gute Infrastruktur zu gewährleisten. Zudem müssen auf die aktuellen geo- und handelspolitischen Auseinandersetzungen Antworten gefunden werden.

Dabei sollte die europäische Politik die Industrie als Partner betrachten, um die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu entwickeln. Sei es beim Klimaschutz, bei der Entwicklung moderner und nachhaltiger Verkehrssysteme, bei der Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung oder auch in der Gesundheitsversorgung.

Industrieunternehmen tragen mit ihren innovativen Produkten und Werkstoffen, Technologien und Anwendungen zur Lösung dieser großen globalen Aufgaben bei. Geschwindigkeit ist dabei im

globalen Wettbewerb ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Weltweit findet heute ein Wettlauf der Nationen und Regionen um die beste Position für die Zukunft statt. Innovative Werkstoffe, leistungsfähige Energiespeicher, klimaverträgliche Mobilitätslösungen, Biotechnologie, Digitalisierung und zirkuläre Wirtschaft sind wichtige Elemente für eine nachhaltige Entwicklung unserer globalen Gesellschaft - und wachstumsstarke Märkte mit hoher Wertschöpfung und zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

Innovationen beschleunigen

Die EU sollte bei ihrer künftigen Mittelvergabe einen klaren Schwerpunkt auf diese Themen legen und die Forschungsausgaben dafür ausweiten. Das Tempo des globalen Wettstreits um Innovationen wird mehr und mehr aus China und den Wachstumsländern in Südostasien bestimmt. In diesen Staaten unterstützen die Regierungen gezielt Wissenschaft und Forschung mit beträchtlichen finanziellen Mitteln und schaffen regulatorische Spielräume, um Innovationsprozesse zu beschleunigen. Damit aus Forschung auch marktfähige Produkte werden können, sind eine innovationsfreundliche Gesetzgebung sowie die Qualität von Rechtsvorschriften und deren Umsetzung von entscheidender Bedeutung. Hier hat die EU in den letzten Jahren bereits gute Ansätze gezeigt. Wichtig ist dabei: Neue Gesetze sollten umfassend auf ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit überprüft werden. Gerade für viele kleine und mittlere Unternehmen entsteht hier sonst viel Zusatzaufwand, der ihre Entwicklung behindert.

Für die Industrie in Europa ist insbesondere eine zukunftsgerichtete Energie- und Klimapolitik

entscheidend. Die EU-Kommission will ihre ambitionierten Klimaschutzziele mit einer Strategie begleiten. Dabei hilft auch „mehr Europa“. Der EU-Binnenmarkt für Strom und Gas sollte realisiert werden, um die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise zu fördern. Darüber hinaus sollten Investitionen in den Klimaschutz unterstützt und alle Sektoren in die Pflicht genommen werden. Industrie und Energiewirtschaft erfüllen ihre Ziele zur CO₂-Reduktion bereits über den Emissionshandel.

Da die energieintensive Chemie im globalen Wettbewerb steht, wäre ein weltweites System zur CO₂-Bepreisung - zumindest auf Ebene der G20 - eine mögliche Perspektive. Damit ließen sich Nachteile für den Standort Europa vermeiden. Auch beim Thema zirkuläre Wirtschaft hat die Europäische Kommission ambitionierte Pläne. Sie will die EU für eine globale Vorreiterrolle positionieren. Zirkuläre Wirtschaften bedeutet, das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch endlicher Ressourcen zu entkoppeln. Es ist notwendig, den gesamten Produktlebenszyklus zu betrachten und die zu dem jeweiligen Zeitpunkt technisch, wirtschaftlich und ökologisch optimale Lösung zu nutzen. Die hierfür erforderlichen Innovationen eröffnen ebenfalls neue Wachstumsschancen.

Aber nicht allein Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit tragen dazu bei, dass sich international tätige Unternehmen auf den globalen Märkten behaupten können. Eine offene und regelbasierte Welthandelsordnung ist hierfür eine entscheidende Voraussetzung. Die wachsenden Spannungen in den internationalen Handelsbeziehungen unterstreichen die Bedeutung der EU. Insbesondere ihrer gemeinsamen Handelspolitik ist es zu verdan-

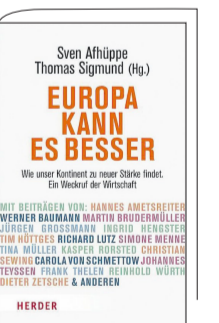
ken, dass Europa seine Position gegenüber den großen Volkswirtschaften China und USA vertreten kann.

Für das offene Welthandelssystem

Die EU muss sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass das offene Welthandelssystem erhalten bleibt. Mit Selbstbewusstsein und auf der Basis gemeinsamer Werte. Die Europäische Kommission braucht eine neue Handelsstrategie, die Antworten auf das Vorgehen der USA und Chinas findet. Zugleich muss sie darauf hinwirken, die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) zu stärken, und ergänzend weitere bilaterale Handelsabkommen schließen. Dafür ist es unerlässlich, dass die EU in Handelsfragen geschlossen nach außen auftritt.

Zu europäischen Lösungen in den politischen Zukunftsfragen wie Klima- und Umweltschutz, Digitalisierung und Migration gibt es schlicht keine Alternative. Nur eine politisch handlungsfähige und wirtschaftlich starke EU kann die globalen Herausforderungen im Sinne aller Bürger in Europa mitgestalten. Dafür ist es aber auch erforderlich, den Nutzen und die Vorteile aus einem geeinten Europa in der öffentlichen Debatte immer wieder klar zu benennen.

Morgen finden Sie hier einen Gastbeitrag von **Voestalpine-Chef Wolfgang Eder**. Die erschienenen Texte der Serie finden Sie, auch in englischer Fassung, auf www.handelsblatt.com/europawahl



Sven Afhüppe, Thomas Sigmund: Europa kann es besser.

Es ist Zeit für einen Weckruf. Auf Initiative von Handelsblatt und United Europe e.V. haben sich Vorstandschefs, Mittelständler und Start-up-Unternehmer Gedanken über die Zukunft Europas gemacht. Sie meinen: Der Kontinent hat die besten Jahre noch vor sich, wenn die Weichen richtig gestellt werden.

United Europe
competitive and diverse